

Wie viel Pestizid darf's sein?

Der Bund hat seit Anfang Jahr mehr als dreissig gefährliche Wirkstoffe verboten. Doch der Kampf zwischen Gegnern und Befürwortern von Pflanzenschutzmitteln nimmt erst richtig Fahrt auf. **Von Lukas Häuptli**

Auf der einen Seite die Umweltschutzorganisationen, Tierschutzverbände, Gesundheitspräventionsstellen. Auf der anderen Seite der Bauernverband, die Agrarindustrie, die Wirtschaftsverbände. Und dazwischen der Graben, der tief ist, tiefer wird und sich selbst in der Sprache zeigt. Die einen reden konsequent von Pestiziden, Herbiziden, Fungiziden, die anderen nicht weniger konsequent von Pflanzenschutzmitteln. Gemeint ist das Gleiche: chemisch-synthetische Mittel, die Schweizer Bauern seit Jahrzehnten auf ihre Felder ausbringen und deren Überreste mehr und mehr in Nahrungsmitteln und im Wasser nachgewiesen werden.

Pestizid heisst übersetzt: In den Mitteln lauern für Mensch, Tier und Umwelt Gefahren, vor allem die Gefahr, an Krebs zu erkranken. Pflanzenschutzmittel dagegen signalisiert: Die Mittel sorgen für eine blühende Landwirtschaft sowie eine florierende Agrarindustrie und leisten einen Beitrag an die sogenannte Versorgungssicherheit der Schweiz.

Von Pflanzenschutzmitteln reden auch die Mitarbeiter des Bundes, zum Beispiel die des Bundesamts für Landwirtschaft. Sie haben ihre Büros im Berner Liebefeld-Quartier und entscheiden, welche Wirkstoffe in der Schweiz zugelassen und welche verboten sind. Ihre Bilanz der letzten fünfzehn Jahre: rund 100 haben sie erlaubt, rund 180 untersagt, wie Sprecher Jonathan Fisch sagt. Auffallend aber ist, wie viele Pflanzenschutzmittel das Bundesamt in den letzten Monaten verboten hat. 33 sind es seit Anfang Jahr. Das ist mehr als je zuvor in einem vergleichbaren Zeitraum.

Das ist einerseits Folge davon, dass die Europäische Union viele dieser Pflanzenschutzmittel schon in den Jahren zuvor verboten hat. Die Schweiz führt zwar jeweils eigene Prüfverfahren durch, vollzieht aber in zahlreichen (wenn auch nicht in allen) Fällen europäisches Recht einfach nach. Die Zunahme ist aber auch Folge eines steigenden Drucks der Öffentlichkeit gegen die flächendeckende Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Zwar bestreitet das Bundesamt für Landwirtschaft

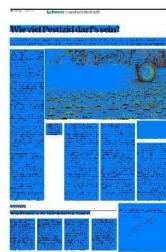
diesen Zusammenhang, gut informierte Fachleute vermuten das aber.

Strengeres Vorgehen gefordert

Vielen gehen die Verbote des Bundes allerdings zu wenig weit. Kurt Seiler ist einer von ihnen. Er ist Schaffhauser Kantonschemiker und leitet das Interkantonale Labor, das in drei Ostschweizer Kantonen für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle zuständig ist. «Im Bereich der Pestizide braucht es mehr Vorsorge», sagt er. «Deshalb fordern die Kantone vom Bund seit Jahren ein strengeres Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel.» Die Zulassungsstelle berücksichtige die Auswirkungen eines Wirkstoffs auf das Grundwasser und die Fließgewässer viel zu wenig. Deshalb komme es zu Überschreitungen der entsprechenden Grenzwerte. «Letztlich müssen die zuständigen kantonalen Ämter auslöffen, was ihnen die Zulassungsstelle eingebrockt hat.»

Der Bund hatte 2017 beim Beratungsunternehmen KPMG einen Bericht über das geltende Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel in Auftrag gegeben. Das Fazit von KPMG war ernüchternd. Das Unternehmen listete 15 «Schwächen» des Verfahrens auf, unter anderem die: «Die heutigen Regelungen erlauben keine angemessene und zeitgerechte Reaktion bei neuen Risikoerkenntnissen.» Mittlerweile entwickelt eine Arbeitsgruppe des Bundes einen Vorschlag für ein neues Zulassungsverfahren. Dieser soll spätestens im Herbst vorliegen.

Noch viel weiter gehen die Forderungen der beiden Initiativen, die voraussichtlich im nächsten Juni zur Abstimmung kommen. Die sogenannte Trinkwasser-Initiative verlangt unter anderem, dass der Bund Direktzahlungen nur noch an diejenigen Bauern ausrichtet, die auf chemisch-synthetische Pestizide verzichten. Initiantin Franziska Herren sagt dazu: «Die Rückstände der Pestizide und ihrer Abbauprodukte bleiben jahrelang, ja jahrzehntelang in unserem Wasser. Sauberes Wasser aber ist das wichtigste Gut der Schweiz.» Die zweite Initiative fordert gar den völligen Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide. «Sie



sind per Definition für verschiedene Organismen und in unterschiedlichem Masse auch für den Menschen hochgiftig», sagt Natalie Favre, Sprecherin der Pestizid-Initiative.

Den besagten Graben gibt's auch hier. Viele hoffen, dass die Initiativen angenommen werden. Viele fürchten es. Bei der Abstimmung wird eine entscheidende Frage sein: Wie gefährlich sind Pestizide für Umwelt, Tier und Mensch? Heute? Noch mehr aber morgen oder übermorgen? Fest steht: Die internationale Agentur für Krebsforschung, eine Einrichtung der Weltgesundheitsorganisation, stuft verschiedene Pflanzenschutzmittel als «möglicherweise», «wahrscheinlich» oder «erwiesenermassen» krebserregend ein. Zur mittleren Gruppe etwa gehört Glyphosat. Das Herbizid ist in der EU und der Schweiz noch immer erlaubt - weil die Behörden es hier als weniger gefährlich einschätzen. Was dazu kommt: Die Wirkung der Abbauprodukte von Pestiziden, der sogenannten Metaboliten, ist noch kaum erforscht. Auch hier besteht der Verdacht, dass sie zumindest zum Teil Krebs verursachen können.

In Anbetracht der anstehenden Abstimmung hat man auch auf der anderen Seite des Grabens einen Gang höher geschaltet. Bestes Beispiel ist das Fungizid Chlorothalonil. Das Bundesamt für Landwirtschaft hatte es im letzten Dezember verboten. Man teile die Einschätzung der EU-Kommission, lautete die Begründung, dass der Wirkstoff «wahrscheinlich krebserregend» sei. Der Agrarkonzern Syngenta, der das Fungizid herstellt, reichte gegen das Verbot im Januar Beschwerde ein. Er begründete den Schritt mit Studien, die belegen sollen, dass Chlorothalonil eben nicht krebserregend sei. Der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts in der Sache steht noch aus. Allerdings verfügte das Gericht im August, dass der Bund auf seinen Internetseiten nicht mehr schreiben dürfe, dass der Wirkstoff krebserregend sei.

«Leistungsfähige Landwirtschaft»

Syngenta, die ihren Sitz in Basel hat, will sich

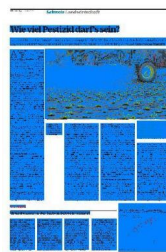
zur Sache nicht äussern. Sprecherin Regina Ammann verweist vielmehr auf eine Stellungnahme von «Agrar», einer Gruppierung der Agrarunternehmen in der Schweiz. Ihr gehören neben Syngenta unter anderen BASF, Bayer oder Omya an. «Die Schweiz hat im Bereich des Pflanzenschutzes keine innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen mehr», heisst es im Papier. Seit zwei Jahren habe der

KPMG kam zum Schluss: «Die heutigen Regelungen erlauben keine angemessene Reaktion bei neuen Risikoerkenntnissen.»

Bund keine neuen Pflanzenschutzmittel mehr zugelassen. Dagegen seien im gleichen Zeitraum viele Mittel vom Markt genommen worden - was nicht angehe. «Die Agrarunternehmen müssen ihren Beitrag zu einer leistungsfähigen und nachhaltigen Schweizer Landwirtschaft leisten können.»

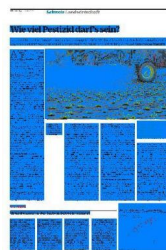
Ähnlich tönt es beim Schweizerischen Bauernverband. «Die Bauern müssen sich darauf verlassen können, dass die Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel funktionieren und die Behörden ihre Arbeit korrekt machen», sagt Sprecherin Sandra Helfenstein. «Korrekt heisst aber auch wissenschaftlich fundiert und nicht politisch getrieben.»

Der Bauernverband gilt als Organisation, die in National- und Ständerat erfolgreich Lobbying betreibt. Das zeigte sich unter anderem am 21. August: Damals sistierte die ständerätliche Wirtschaftskommission die Vorlage AP22+. In dieser hatte der Bundesrat die Grundsätze der künftigen Landwirtschaftspolitik der Schweiz festgelegt, aber auch Massnahmen für umweltfreundlichere Pflanzenschutzmittel und zusätzlichen Gewässerschutz vorgeschlagen. Sollte der Ständerat dem Kommissionsantrag auf Sistierung folgen, würden diese Massnahmen um Monate oder gar Jahre verzögert.



CHRISTIAN BEUTLER / KEYSONE

Insektizide für Salate: Der Druck der Öffentlichkeit gegen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln steigt.



Chlorothalonil Grundwasser in der halben Schweiz belastet

Das Grundwasser ist praktisch im ganzen Mittelland mit Abbauprodukten, sogenannten Metaboliten, des Fungizids Chlorothalonil verunreinigt. Das geht aus einer Studie des Bundesamts für Umwelt von Mitte August hervor. «Die Grundwasserqualität ist in mehr als der Hälfte aller Kantone erheblich beeinträchtigt», schreibt das Amt. Betroffen ist hauptsächlich das landwirtschaftlich intensiv genutzte Mittelland.

Bei Messungen wurden verschiedene Metaboliten von Chlorothalonil festgestellt. Am häufigsten kam das Abbauprodukt mit der Bezeichnung R417 888 vor. Bei jeder fünften Messstelle überschritt dieser Metabolit den Grenzwert von

0,1 Mikrogramm pro Liter Wasser (vgl. Karte).

Schweizer Bauern hatten Chlorothalonil zur Pilzbekämpfung seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts eingesetzt. Ende vergangenen Jahres kam das Bundesamt für Landwirtschaft zum Schluss, dass das Fungizid «wahrscheinlich krebserregend» sei. Es verbot den Wirkstoff. Noch ist das Verbot allerdings nicht rechtskräftig; die Herstellerfirma Syngenta hat dagegen Beschwerde eingereicht (vgl. Hauptartikel).

Wegen der vielerorts überschrittenen Grenzwerte sind zahlreiche Gemeinden in der Schweiz gezwungen, ihr Trinkwasser mit anderem Wasser zu mischen. Nur so sinkt die

Chlorothalonil-Konzentration unter den Grenzwert. Manche Gemeinden müssen zu diesem Zweck Wasser aus Nachbarorten beziehen, manche aus nahe gelegenen Flüssen und Seen. In vielen Gemeinden fallen deshalb für die Wasserversorgung hohe Zusatzkosten an. Franziska Herren von der Trinkwasserinitiative sagt dazu: «Jetzt soll die öffentliche Hand die Wiederaufbereitung von pestizidverseuchtem Wasser finanzieren. Das ist sehr, sehr störend. Vielmehr müssen jetzt diejenigen, die für das verseuchte Wasser verantwortlich sind, zur Kasse gebeten werden.» *Lukas Häuptli*

Verunreinigtes Wasser im Mittelland

Übermässige Belastung des Grundwassers durch das Chlorothalonil-Abbauprodukt R417888 (Grenzwert 0,1 µg/l)

